

Dauerbrenner Ostrenten

Von Annemarie Görne

Trotz mancher Versprechen der Politik ist das Rentenproblem Ost/West noch immer ungelöst. „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein“ versprochen die Regierungsparteien vor vier Jahren im Koalitionsvertrag. Daraus wurde bekanntlich nichts und wird bis zur Bundestagswahl im September auch nichts mehr werden. Im Wahlprogramm der CDU steht für die Zukunft ebenso kein Wort mehr zum Thema Rentenangleichung. Die FDP belässt es bei der vornehmen Feststellung, dass es „ein Gebot der Fairness“ sei. Na und? - Soweit unsere uns noch Regierenden.

Ver.di ist bekanntlich seit langem ein unermüdlicher Streiter auf dem Feld der Rentengerechtigkeit. Unsere Gewerkschaft hat – besonders in der Person Judith Kerschbaumer - vor nun mehr sechs Jahren ein praktikables Modell entwickelt, das in zehn Jahresschritten zu einer gleichen Rente geführt hätte. Hätte, wenn es von der Politik aufgegriffen worden wäre. Für seine nach wie vor angestrebte Umsetzung traten immer mehr Mitstreiter an die Seite von ver.di, sodass das Rentenbündnis jetzt aus vier Gewerkschaften und fünf Verbänden besteht – neben ver.di sind das GEW, Gewerkschaft der Polizei, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, dazu Beamtenbund, Sozialverband Deutschland, Volkssolidarität, Bundeswehrverband und AWO. Im Mai trafen sich die unermüdlich Aktiven zum dritten „Ostrentengipfel“.

Es ging nicht nur um eine Bestandsaufnahme des Geleisteten. Einladungen waren an die im Bundestag vertretenen Parteien ergangen, um mit Blick auf die Wahlen deren Absichten zum Thema Rentenangleichung zu erfragen. Bei der Haltung von CDU und FDP (siehe oben) war es fast schon erklärlich, dass sie andere Termine vorschützten, statt sich der Diskussion zu stellen. Dagegen erläuterten besonders die SPD-Vertreterinnen ausführlich ihr Programm, das sich nahezu mit dem von ver.di deckt. Bündnis 90/Die Grünen wollen „so schnell wie möglich“ eine Angleichung, ohne eignes, sondern ein Modell des Sachverständigenrates. Die Linkspartei möchte die Angleichung einige Jahre schneller erreichen, sie kann für sich in Anspruch nehmen, das ver.di-Projekt im Bundestag als Antrag eingebracht zu haben, wobei SPD und Grüne dagegen stimmten – Parlamentarismus pur!

Trotz der Erhöhung vom 1. Juli beträgt die Höhe der Ostrenten gegenwärtig noch immer nur 91 Prozent von West. Ein griffiges Argument gegen die Gleichstellung heißt meist: Zu teuer! In Anbetracht der riesigen Aufwendungen auf anderen Gebieten ist das wenig überzeugend. Aber abgesehen davon - jeder Gewerkschafter weiß, wie eng Renten und Löhne miteinander verbunden sind. Das lenkt den Blick auf die Forderung nach der Einführung

eines flächendeckenden Mindestlohnes. Davon könnten besonders Beschäftigte im Osten profitieren, denn hier verdienen 32 Prozent weniger als 8,50 € die Stunde, ergo jeder Dritte (im Westen betrifft es 17 Prozent). Aber schon der niedrige Mindestlohn von 8,50 € würde das Rentenniveau Ost überdurchschnittlich ansteigen lassen, wie eine Studie im Auftrag der Böckler-Stiftung ermittelte.



Für Rentnerinnen und Rentner ist das komplizierte Rentenrecht schwer durchschaubar. Umso mehr, als in den letzten zwei Jahrzehnten - seit dem legendären Satz Norbert Blüms von den sicheren Renten – sage und schreibe vierzig Veränderungen (meist nach unten) vorgenommen wurden. Und zwar von allen Regierungen aller bisher regierenden Parteien. Wie auch die SPD-

Vertreterinnen auf dem Rentengipfel einräumen mussten, aber versicherten, daraus gelernt zu haben.

Was haben die Streiter des Bündnisses erreicht? Ihr Vorschlag wurde bisher zwar nicht in praktische Schritte umgesetzt, aber das Thema Rentenangleichung wurde unüberhörbar und kann nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Es wird immer breiter diskutiert, weniger emotional als vor Jahren und mit dem Ziel vernünftiger Lösungen. Das „Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern“ hält sein gerechtes Ziel weiter fest im Auge.

DGB: Beitragssenkungsbremse!

Der etwas unhandliche Begriff hat einen einfachen Hintergrund. Da die Rentenkasse gut gefüllt ist, hat die Bundesregierung per Gesetz verfügt, dass keine weiteren Reserven aufgebaut werden dürfen. Stattdessen wurden die Rentenbeiträge mehrmals gesenkt, was für den einzelnen Beschäftigten zwar nur eine geringe finanzielle Entlastung bringt, den großen Unternehmen dagegen deutliche Einsparungen. Eine erneute Beitragssenkung bezeichnet der DGB als verantwortungslos. Denn die Rentenversicherung würde damit etwa 15 Milliarden Euro pro Jahr weniger einnehmen, die Rücklagen würden weiter geschöpft, anstatt dringend notwendige Leistungsverbesserungen zu ermöglichen. Mit Hilfe einer Demografie-Reserve könnte der Altersarmut besser vorgebeugt werden. Daher die Forderung nach einer Bremse, der Beitrags-senkungs-bremse. qk

Demokratie und Grundrechte weggeprügelt

Von Peter Schrott

Nach den Tagen der Blockupy-Bewegung in Frankfurt/Main, 31. Mai und 1. Juni 2013, wird das brutale Vorgehen der Polizei gegen Tausende von Demonstranten von der Politik in Nordrhein-Westfalen und Hessen aufgearbeitet.

Leider hört man aus den Landtagen dieser beiden Länder – außer von der Linkspartei und einigen Abgeordneten von SPD und Grünen in Hessen – nur ein Loblied auf die hervorragende Arbeit der zuständigen Minister und deren Befehle für die „Roboter“. Offenbar gibt es bei den politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und den Zuständigen in den anderen Ländern Europas, wie in Griechenland und der Türkei, eine unheilige Allianz zum Begraben demokratischer Willensbildung.

Gegen Demonstrierende wird Reizgas versprüht, auf sie wird eingeknüppelt und technisches Gerät wie Wasserwerfer und Räumpanzer zum Einsatz gebracht. Doch es gibt einen Unterschied: Unsere Politiker heucheln „Bestürzung über die brutalen Übergriffe auf friedlich demonstrierende Menschen“ in anderen Ländern, oder sie sehen bei den Protestierenden „einen Aufschrei nach mehr Demokratie und Teilhabe an den Entscheidungsprozessen in der Türkei“. Bis auf die Stellungnahmen der dju Hessen und Berlin-Brandenburg, der Solidaritätsresolution der ver.di-Bundesvertrauensleute-Konferenz am 9. Juni 2013 und der Stellungnahme von Harald Fiedler, Vorsitzender des DGB Stadtverbandes Frankfurt am Main, habe ich Gewerkschaftsamtliches weder gehört noch gelesen.

den anderen Ländern schriftlich zum Ausdruck. So zum Beispiel, in den ver.di-News vom 22. Juni 2013. ver.di hat die anhaltende Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrant/innen in der Türkei scharf kritisiert. „Demokratie ist mehr als Wahlen“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. „Die brutalen



Foto: Arbeiterfotografie.com



Foto: Arbeiterfotografie.com

Übergriffe auf Bürgerinnen und Bürger, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen, sind ebenso inakzeptabel wie die Angriffe auf Ärzte, Sanitäter, Helfer, Rechtsanwälte und Journalisten.“ Festgenommene Demonstrant/innen, Ärzt/innen und Journalist/innen müssten umgehend freigelassen werden. „Meinungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit sind Kern einer funktionierenden Demokratie und lassen sich nicht wegknüppeln.“

Auf der provisorischen Abschlusskundgebung in Frankfurt/Main wurde die Situation für die Bundesrepublik wie folgt beschrieben: „Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus!“



Foto: Arbeiterfotografie.com

Kollege Fiedler schrieb u.a.: „Ob im vergangenen Jahr oder am letzten Wochenende hat sich die Stadt Frankfurt aber weder weltoffen, liberal noch demokratisch gezeigt. Nicht nur, dass Gerichtsentscheidungen das Demokratiedefizit der Verantwortlichen der Stadt Frankfurt korrigieren mussten, selbst diese Korrektur wurde spätestens durch den Polizeieinsatz, der politisch zu verantworten ist, konterkariert. Wer das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, so wie am Wochenende geschehen, einengt, „der“, so Fiedler, „darf sich nicht wundern, dass immer mehr Menschen gegen die Willkür von Banken und Herrschenden und deren Politik aufstehen und bei der nächsten ‚Blockupy‘ Demonstration dabei sind. (...) Der DGB wird dies in seinen eigenen Reihen bewerten.“

Auch in Frankfurt/Main wurden Journalisten und Sanitäter ohne Rücksicht auf Verluste geschubst, geschlagen, verletzt. Wenigstens bringen wir als Gewerkschaften unsere Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in

Finanzkraft ist Kampfkraft

Von Andreas Köhn

Landesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg

Es gibt eine wachsende Zahl von Gewerkschaften mit berufsspezifischen oder betrieblichen Partikularinteressen, die schwer ersetzbare Arbeitskräfte, entweder wegen dafür notwendiger langer Ausbildungs- bzw. Studienzeiten oder wegen anderer beruflicher bzw. betrieblicher Spezifika als Tätigkeitsvoraussetzung, organisieren. Früher nannte man diese „Stehkragenproletarier“, z.B. die Drucker Anfang des vorigen Jahrhunderts. Diese Gruppen liegen heute, wie damals die Drucker, mit ihren Einkommen im Hochlohnbereich. Das fängt bei Marburger Bund und Cockpit an und endet bei UFO, GdL und Cont-term.

Niemand kommt auf die Idee, eine Gewerkschaft des Reinigungsgewerbes oder der Friseure, der Sicherheitsdienstleister, der Verkäuferinnen neu ins Leben zu rufen. Dies ist nicht lukrativ, weil das Organisieren dieser Berufsgruppen sehr personalintensiv ist. Außerdem sind Arbeitskämpfe in diesen Bereichen mindestens langwierig und setzen viel Durchhaltevermögen voraus, da ja die dort Beschäftigten leicht ersetzbar sind. So müssen Ausstände oft lange durchgehalten werden, um zum Ziel zu führen. Das ist kostenintensiv für eine Gewerkschaft, z.B. durch die Streikgeldzahlung. Diese Klientel überlässt man gerne den solidarisch organisierten Großgewerkschaften des DGB wie ver.di. Weil diese durch die Breite ihres Branchen- und beruflichen Organisationspektrums auch hochbezahlte Mitglieder hat, deren Beiträge dann solidarisch für langwierige und finanziell aufwendige Arbeitskämpfe in den genannten Niedriglohnbereichen eingesetzt werden können.



Foto: Christian von Polentz

Auch für Gewerkschaften gilt: Finanzkraft ist Kampfkraft. Wenn aber die weitere Bildung von „Elitegewerkschaften“ und damit der Verlust von finanzkräftigen Mitgliedern in ver.di die Beitragseinnahmen senkt, damit die Organisations- und Arbeitskämpfungsfähigkeit einschränkt, dann ist die Konsequenz eine sich vertiefende Spaltung der abhängig Beschäftigten. Es werden letztlich die Niedriglöhner, also die Beschäftigten mit Arbeitsplätzen, die ein niedriges bzw. kein Qualifikationsniveau erfordern und die damit leicht ersetzbar sind, endgültig auf der Strecke bleiben – mangels Organisationsmöglichkeit und damit Durchsetzungsmacht.

Die Losung „Ein Betrieb (eine Branche), eine Gewerkschaft“ hat genau diese tiefe Wurzel der Solidarität. Nämlich das Prinzip der Einheitsgewerkschaft: Die Starken kämpfen für die schwachen Beschäftigtengruppen. Wer das nicht versteht oder noch gar nicht begreifen will, ist letztlich willfähriger Handlanger der Mächtigen (Prinzip: Teile und herrsche), forciert die Spaltung der abhängig Beschäftigten und hat aus der deutschen Historie nichts gelernt.



Das war unser Johannisfest

Von Angelika Kurowski



Foto: Anna Schendel

Johannes Gutenberg hätte seine helle Freude an dem gehabt, was sich am 22. Juni 2013 im Hof der Mediengalerie tat. Kein Regentropfen störte die Wort- und Musikdarbietungen des Arbeiter- und Veteranenchores Neukölln, Lutz Fußangels und der Jazzcombo der Leo-Kestenberg-Musikschule, des Clowns Kalli und der Sängerin Isabel Neuenfeldt. Während wir bei den Liedern des Chores noch unaufgefordert die uns bekannten Lieder mehr oder weniger leise mitsangen, forderte uns Isabel Neuenfeldt auf, bei den „Liedern für Stereotypeure, Galvanoplastiker und andere Gesellen der Schwarzen Kunst“ ausdrücklich auf, zumindest beim Refrain mitzusingen. Diese Lieder gibt es auch auf CD (einschl. Versand 11 Euro, Bestellung an Isabel Neuenfeldt, Christburger Straße 4, 10404 Berlin). Diese CD würde bestens ins Programm der Büchergilde Gutenberg passen.

Begeisterung beim Publikum löste der Sprachwart von Druck + Papier, Dietrich Lade, aus, der akustischen Einblick in seine Sammlung unglücklich gewählter Wörter und Wendungen aus verschiedenen Publikationen gewährte.

Clown Kalli unterhielt nicht nur die Kinder, auch Erwachsene sprach er an. Speis und Trank waren auch dieses Jahr wieder sehr lecker – und reichlich.



Foto: Anna Schendel



Foto: Anna Schendel



Foto: Anna Schendel



rbb-Rundfunkmoderator Christian Matthée auf Sendung mit „Regionaljournal Cottbus“.

„Bramborske serbske radijo ...“

Von Angelika Kurowski

diese drei musikalisch untermalten Wörter erklingen elf Mal pro Woche aus dem Studio Cottbus des rbb, und zwar jeweils zum Auftakt der Rundfunksendungen in niedersorbisch/wendischer Sprache. Wir, die SeniorInnen des



Bei laufender Sendung beantwortet Christian Mattée unsere Fragen.

ver.di-Fachbereichs 8, besuchten das Studio im März. Studioleiterin Doris Jakubowski nahm sich viel Zeit, uns das Profil des Senders vorzustellen und uns durch die Studios zu führen.

Die Cottbuser Rundfunk- und Fernsehjournalisten berichten in Nachrichten sowie Reportagen über alles Wichtige aus der Lausitz. Regelmäßige Fernsehsendungen sind z. B. „Łužyca“ (Lausitz) und „Theodor“. Auch in „Brandenburg aktuell“ kann man Beiträge der Cottbuser sehen. Es gibt sogar ein kleines Hörspielstudio. Als der Sender im April 2011 wegen eines Brandes im Sendeturm Calau ausfiel, fuhren Techniker und Reporter über Land und sendeten vor Ort. Das haben die Hörer honoriert.

Bereitwillig beantwortete Doris Jakubowski unsere Fragen und zeigte uns dann die Redaktions- und Produktionsräume. Fernsehproduktion lief gerade keine. Im Hörfunkstudio moderierte während unseres Besuchs Christian Matthée live das Regionaljournal aus Cottbus, das montags bis freitags je drei Stunden zu hören ist.

In welcher Sprache erfolgt die Kommunikation in der sorbischen Redaktion? Untereinander selbstverständlich in wendisch/sorbisch, antworten Redaktionsassistentin Silwija Granzowojc und Redakteurin Martina Golašojc. Telefonisch ist das nicht ausnahmslos möglich, da nicht jeder Anrufer wendisch/sorbisch spricht. Wie bestellt, erfolgte auch prompt ein Anruf, der das eben Gesagte belegte.

Vor zehn Jahren, am 1. Mai 2003, fusionierten ORB und SFB zum rbb. Mitarbeiter und Hörer haben vom Zusammenschluss profitiert, denke ich.



Doris Jakubowski, Techniker und Cutter Karsten Noack und unser Vorstandsmitglied Klaus-Jürgen Hintz, ehemals Kameramann beim ZDF (v.l.n.r.).



Unser Vorsitzender, Peter Schrott (l.) von der Technik beeindruckt?



Der Regieraum des Fernsehstudios rbb Cottbus.

Senat: „Friss oder stirb!“

Von Peter Asmussen

Fast 93 Prozent der Berliner Musikschullehrer sind Honorarkräfte für ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 1044 Euro, wie es eine Umfrage der Fachgruppe ergeben hat. Das sind etwa 1500 Personen in prekären Lebensverhältnissen. Die verbleibenden 7 Prozent Festangestellte arbeiten mehrheitlich in Leitungsfunktionen, also Fachbereichsleitung, Filialleitung usw., das ist einmalig. Im übrigen Bundesgebiet gibt es keine annähernd so hohe Zahl von Honorarkräften. SPD-Bildungsstaatssekretär Mark Rackles räumte laut Berliner Zeitung ein, dass der Anteil von Festangestellten mittelfristig bei 20 Prozent liegen sollte. Immer noch weit unter dem Bundesdurchschnitt. So war es bisher.

Kurz vor den Sommerferien legt der Senat neue Verträge vor. Wer nicht unterschreibt ist gefeuert, da sind auch die regierenden Sozialdemokraten im Senat gnadenlos! Mit ein Problem bei den neuen Verträgen ist eine veränderte Systematik. Bis dato galt eine durchgängige, gleichbleibende Bezahlung. Das Ergebnis war ein stets gleiches Monatseinkommen übers ganze Jahr. Jetzt soll jede einzelne Stunde abgerechnet werden, was zum Beispiel in der Ferienzeit bedeutet, kein Geld zu bekommen. Unterrichtsausfall, verursacht z.B. durch Feiertage, führt zu Einkommensverlust, bis zu 3,2 Prozent. Viel bei dieser miesen Bezahlung! Zudem wird der überwiegende Teil der Honorarkräfte mit Eintritt ins Rentenalter massiv von Altersarmut betroffen sein.



Juni 2013: Die Musikschullehrer protestieren vor dem Konzerthaus am Gendarmenmarkt gegen die politisch gewollte Absenkung ihres jetzt schon prekären Honorars.

Von schönen Worten, wie die des Sprechers der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Ernst Dieter Rossmann, gegenüber der ver.di-Fachgruppe Musik, „Die SPD akzeptiert in keinem Bereich prekäre Beschäftigung“, haben die Musikschullehrer verständlicherweise die Nase voll. Sie fordern Festeinstellung und einen Tarifvertrag. Das ist wahrlich nicht zuviel verlangt.

Schäbig wie die Kollegen behandelt und unter Druck gesetzt werden: Unterschreiben oder Ende der Beschäftigung! Und das in einer Stadt, die lange und traditionell von einem SPD-Senat beherrscht wird. Folgerichtig war auch auf der Protestkundgebung der ver.di-Fachgruppe Musik, am 14. Juni 2013 auf dem Gendarmenmarkt kein Offizieller der Sozialdemokraten zu sehen. Einzig, der Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Thomas Birk, solidarisierte sich auf der Kundgebung mit allen Forderungen der Musikschullehrer.



Arno Bliessenbach (l), Landes-Lehrervertretung der Berliner Musikschulen, und Stefan Gretsch (r), Vorsitzender der ver.di-Fachgruppe Musik überreichen dem Regierenden (m) den Musikschul-Killer-Award.

Unsere Constanze

Von Silke Leuckfeld



Foto: max

Einen Anlass gab es nicht für den Rücktritt von Constanze Lindemann als Vorsitzende des Landesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg. Einen Grund hatte sie dennoch: Sie wollte Platz machen für Jüngere, ihnen die Verantwortung übergeben.

Der Termin war bewusst gewählt: Am 1. Mai hat sie aufgehört. Typisch für Constanze, sie wählte den Internationalen Tag der Arbeiterbewegung. Bei allen aktuellen Kämpfen darf die Geschichte nicht vergessen werden, aus der wir auch heute noch viel lernen können, war und ist ihre Maxime.

Gekämpft hat sie in den vergangenen Jahren an vielen Fronten: Der Niedergang der Druckindustrie, der ihr als gelernter Druckerin ans Herz ging und geht, hat für sie zentrale Bedeutung. Aber auch der erfolgreiche Kampf um den Erhalt des Hauses der Buchdrucker, die ver.di-MedienGalerie und vor allen Dingen der Zusammenhalt über die Fach- und Berufsgruppen hinweg gehören zu den wichtigsten Ergebnissen ihrer Arbeit. Unter ihrer Führung war der Landesfachbereich bundesweit der politischste. Fragen, wie die Rolle des DGB im Dialog mit dem Bundesverteidigungsminister und die Kritik an der ver.di-Vermögensverwaltung IVG, gehörten zu den letzten, die sie in ihrer Funktion als Landesfachbereichsvorsitzende bearbeitete. Auf ihre Initiative beschloss der Landesfachbereichsvorstand einen Brief zu schreiben, um die Verantwortlichen zu zwingen, Stellung zu beziehen. Ihre Briefe an den DGB, den ver.di-Bundesvorstand, aber auch andere Organisationseinheiten sind seit vielen Jahren bei den Adressaten gefürchtet. Doch nicht der Blick in die Geschichte und das Verhindern prägten ihre Arbeit. Die Jugend einbinden und für die Organisation gewinnen, war und ist ihr wichtig. Deshalb wird sie auch künftig aktiv das Jugendprojekt in der Fachgruppe Verlage, Druck und Papier begleiten.

Die Arbeit in der ver.di-MedienGalerie, im Redaktionsbeirat der Fachbereichspublication Sprachrohr und im Karl-Richter-Verein wird sie fortführen. Auch wenn sie uns in neue Aufgaben „geschupst“ hat, wird sie uns weiterhin zur Seite stehen. So war sie dabei, als Beschäftigte von DS Smith Mitte Juli einen Tarifvertrag forderten. Mehr freie Zeit hat sie jetzt nicht: Constanze plant beruflich noch einmal einen Neustart. Dafür wünschen wir ihr viel Erfolg!

Berliner Verlagsgruppe wird zerlegt

Von Frank E. Stein

Seit Oktober vergangenen Jahres bleibt bei der Berliner Verlagsgruppe (Berliner Zeitung, Berliner Kurier, Berliner Abendblatt, tip, BerlinOnline) kein Stein auf dem anderen. 2009 hatte der Kölner Verlag M. DuMont Schauberg die Berliner Gruppe von der britischen Finanzinvestorengruppe Mecom gekauft. Erfolgreich hatten sich die Beschäftigten immer wieder gegen die Abbaupläne der „Heuschrecken“ gewehrt. Sie hofften nach dem Kauf, nun endlich bei einem engagierten Verleger mit Alfred Neven DuMont gelandet zu sein. Mittlerweile ist bittere Ernüchterung eingezogen. „Das ist schlimmer als wir uns das je unter den Heuschrecken vorgestellt haben“, ist nicht nur die Meinung der meisten Mitarbeiter.

Seither wurde die einzige Internetzeitung „Netzeitung“ de facto eingestellt, die 20 Redakteure und MitarbeiterInnen wurden entlassen. Erst nach massiven Protesten gab es für die Familienväter- und mütter einen guten Sozialplan. Nebenher lief ein sogenanntes „Freiwilligenprogramm“ - rund 40 KollegInnen verließen die Unternehmensgruppe. 2010 erreichten die Beschäftigten der Gruppe ein ganzes Tarifpaket: Altersteilzeit, Festschreibung des Haustarifvertrages für den Berliner Verlag bis Ende 2013, Übernahme der Hälfte der Auszubildenden und VolontärInnen für ein Jahr, einen Tarifvertrag Weiterbeschäftigung, Qualifizierung und Sozialplan (WQS). Doch der Abbau tariflicher Leistungen wurde fortgesetzt: Im Tochterunternehmen lagerte man die Weiterverarbeitung in eine eigene Tochter aus. Knapp 25 MitarbeiterInnen wurden vom Druck- in den Papierverarbeitungstarif (West) verschoben, was rund 30 Prozent weniger Einkommen bedeutet. Mit dem eingesparten Geld wurden die Druckmaschinen auf den neuesten Stand gebracht.

2012 lief der Tarifvertrag WQS aus. Im August desselben Jahres wurde ein neuer abgeschlossen, allerdings mit abgespeckten Konditionen: die Transferagentur- und Gesellschaft war kein Bestandteil mehr und auch bei den Abfindungen wollte die Geschäftsführung nun eine Kappungsgrenze bei 120.000 Euro. Alle anderen Regelungen blieben. Kaum abgeschlossen, kam der nächste Schock: Bei der Anzeigenzeitung Berliner Abendblatt wurde die gesamte Redaktion gekündigt, 14 Redakteure und sechs PauschalistInnen verloren ihren Job. Die Redaktion macht nun die Billigfirma des MDS-Konzerns, MDS Creative. Durch eine gerichtliche Einigungsstelle konnte der Abendblatt-Betriebsrat aber wenigstens eine Transferagentur erreichen, um Bewerbungscoaching und Fortbildung für die Gekündigten durchzusetzen.

Mitte November dann die nächste Hiobsbotschaft: Die Schwesterzeitung Frankfurter Rundschau (FR) meldete Insolvenz an. Für diese hatte die Berliner Zeitung (BLZ) seit 2011 die Mantelproduktion übernommen. Dazu waren 20 KollegInnen neu in die tariflose DuMont Redaktionsgemeinschaft (Rege) eingestellt worden, meist ehemaligen PauschalistInnen der BLZ und FR. Dort gab es nun ein Dreiklassensystem: Die AutorInnen für Rege mit individuellen gut dotierten Tarifen, die neuen MantelredakteurInnen mit Verträgen ohne Jahresendprämie und Urlaubsgeld und die LayouterInnen mit nochmals abgespeckten Gehältern. Ende November wurde dann Betriebsrat

und Beschäftigten des Berliner Verlages der nächste Schlag versetzt: Die Geschäftsführung kündigte an, 13 RedakteurInnen beim Berliner Kurier abzubauen. Zudem wurden die Auslagerung des Rechnungswesens und der Blattplanung ins Kölner Mutterhaus, die Schließung des Kundencenters und die Auslagerung der Poststelle an die PIN AG verkündet und Abbau im Anzeigenservice. Davon sind 27 Kolleginnen und Kollegen betroffen. Außerdem kündigte die Geschäftsführung den Abbau von 12 RedakteurInnen in der BLZ und 20 aus der Mantel-Rege an.

Der Verlag schlug ein „Freiwilligenmodell“ vor, das aufgrund des guten Sozialplan-Tarifvertrages über dessen Leistungen lag. Rund 55 KollegInnen aus allen Bereichen nahmen das Modell mittlerweile an. Der Betriebsrat verhandelt seit November, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Beim Kurier ist dies gelungen: Drei Arbeitsplätze konnte er retten, u.a. den Bereich Leserbriefe und Service, und einen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 31. März 2014 erreichen. In den Verlagsbereichen lehnte die Geschäftsführung alle Vorschläge ab, ob Teilzeit oder Weiterbeschäftigung in anderen



Foto: max

Die auflagenstärkste Abonnementzeitung der Hauptstadt.

Bereichen oder Unternehmen. Aktionen zum Erhalt des Kundencenters – zentrale Leserbindung verhalten. „Es herrscht eine Totenschiffstimmung seit November 2012“, sagt ein Betriebsratsmitglied. Das änderte sich, als die Geschäftsführung die Verhandlungen zum Abbau der RedakteurInnen der Berliner Zeitung einfach abbrach und Ende Juni nochmals elf Kündigungen aussprach. 50 RedakteurInnen begleiteten den Betriebsrat bei der Übergabe der Widersprüche in die Geschäftsführung, forderten die Rücknahme der Kündigungen und die Rückkehr an den Verhandlungstisch. Nach einer turbulenten Redaktionsvollversammlung und einer dreistündigen Teilbetriebsversammlung am Folgetag erschien nur eine Notausgabe der Frühausgabe der BLZ.

Der Betriebsrat forderte die Geschäftsführung erneut auf, über Teilzeitmodelle und Weiterbeschäftigung im Online-Bereich der Gekündigten zu verhandeln. Eine beauftragte Delegation aus Redaktion und Betriebsrat reiste nach Köln, um mit dem Aufsichtsrat zu sprechen. Sie wurde abgewiesen, übergab aber dem vorgeschickten Vorstandmitglied und Chefredakteur des Kölner Stadtanzeigers, Franz Sommerfeld einen Brief an das Gremium. Am Folgetag traten der Verwaltungsrat aus Gesellschaftern und Vorstand im Verlagshaus am Alex zusammen. Spontan protestierten rund 35 Mitarbeiter vor dem Sitzungsraum, um die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu erreichen. Sie wurden vom Geschäftsführer Braun abgewiesen und vertröstet, man werde sich auf die Forderung des Betriebsrates melden. Die Gesellschafter ließen sich nicht blicken. Für den kurzen Pausen-Flashmob erhielten die Betriebsratsvorsitzende und der Sprecher des Redaktionsausschusses später eine Abmahnung. Das brachte nun alle auf die Barrikaden: alle Ressortleiter und die gesamte Redaktion der Berliner Zeitung protestierten, forderten die Rücknahme. Der Journalistenverband Berlin-Brandenburg gab eine Presseerklärung heraus, ver.di schrieb einen Protestbrief. Nach vielen Gesprächen auf allen Ebenen wird nun wieder über Teilzeit, Online und die Rücknahme der Kündigungen gesprochen. Ob die Abmahnungen zurückgenommen werden, wird sich bald zeigen. Noch im August gibt es ansonsten ein Termin vor dem Arbeitsgericht. Die Abgemahnten haben geklagt.

Und die nächsten Einschnitte sind absehbar: Das Veranstaltungsmagazin tip, Tochter und Zulieferer des Berliner Verlages, wurde zum 1.9. an den Raufeld Verlag verkauft und die Auslagerung der Anzeigenabteilung in eine tariflose Tochtergesellschaft wird geprüft.

Unser Kollege

Prof. Dr. Gerhard Fischer

ist am 9. August im Alter von 83 Jahren gestorben.

Mit Gerhard verlieren wir einen Kollegen und Freund, der sich mit seinem Wissen und seinen Ideen erst in der IG Medien und dann in unseren ver.di-Fachbereich einbrachte. Er hatte noch so viele Pläne. Am Ende fehlten ihm die Kräfte für sich selbst.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie.

**ver.di-Seniorengruppe
Fachbereich Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg**



Foto: Gabriele Senft

kurz&knapp

Sommerfest der Rundfunk-Senioren

Alljährlich treffen sich die Mitglieder der ver.di-Seniorengruppe Funkhaus Nalepastraße zum Sommerfest; schon über 10 Jahre – so auch 2013. Petrus hatte ein Einsehen und bescherte Sonnenschein und moderate Temperaturen. Über 50 Kolleginnen und Kollegen waren gekommen, um bei Kaffee und Kuchen, Gegrilltem, Bowle oder Bier einen schönen Nachmittag zu erleben. Für das leibliche Wohl sorgte wieder der Wirt des Springborn-Clubs in der Johannisthaler Springbornstraße, einer Gartengaststätte der Lauben-Kolonie. Für die musikalische Begleitung und Umrahmung spielte der Alleinunterhalter Zdravko Manev auf, der viele populäre Titel der letzten Jahrzehnte im Programm hat. Bei diesen Sommerfesten haben die Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit, sich ausführlich zu unterhalten, in Erinnerungen zu schwelgen und Neuigkeiten zu erfahren, was ja bei den regelmäßigen Versammlungen zu politischen oder sozialen Themen nicht immer der Fall ist. Das Sommerfest 2013 war also wieder ein gelungener Nachmittag. 2014 gibt es ein neues.

Übrigens: Der Springborn-Club ist auch Treffpunkt für Senioren aus anderen Bereichen. Zu regelmäßigen Zusammenkünften treffen sich dort ehemalige Mitarbeiter der Studiotechnik Fernsehen des Deutschen Fernsehfunks Adlershof.

Wolfhard Besser

Stolperstein für Karl Helmholz

Nachdem Karl Helmholz seine Ausbildung als Schriftsetzer beendet hatte, meldete der Weimarer Ortsverein des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, seine Leitung sei durch ihn verstärkt worden - der erste Hinweis auf sein gewerkschaftliches Engagement. Im August 1910 trat er seine neue Stelle als Redakteur der Verbandszeitung „Korrespondent“ in Leipzig an. 1926 Umzug mit Familie ins neue Haus des Buchdruckerverbandes in der heutigen Berliner Dudenstraße. Hier wohnten und arbeiteten der Vorstand und die Redakteure des gewerkschaftlichen Verbandes. Helmholz und nahezu alle Bewohner des

Hauses wurden am 2. Mai 1933 von der SA festgenommen und ohne Gerichtsverhandlung vom Polizeirevier Alexanderplatz in die Haftanstalt Plötzensee verlegt. Nach seiner Haftentlassung brachten ihm wutentbrannte Äußerungen gegen die Nazis zusätzliche Verhöre durch die Gestapo ein. Im Steglitzer Krankenhaus erklärte ihn die leitende Ärztin als unzurechnungsfähig. Daraufhin wurde er, ohne dass seine Familie

informiert wurde, in die Städtische Heil- und Pflegeanstalt Wuhlgarten eingeliefert, wo er am 21. Januar 1944 durch eine Gifteinjektion ermordet wurde.



Foto: max

Unser Kollege

Jupp Mallmann

verstarb kurz vor seinem 88. Lebensjahr.

Bis zu seinem Wegzug aus Berlin war er im ver.di-Senioren-Vorstand aktiv.

Jupp konnte auf ein bewegtes Leben zurückblicken: Nach dem FDJ-Verbot in der BRD wird er 1953 verhaftet. Nach 408 Tagen Einzelhaft mit Auflagen entlassen geht er in die Illegalität. 1968 wird der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Erst 1982 räumt das Justizministerium ein, dass ihm „Ungerechtigkeiten“ zugefügt wurden. Rehabilitation und Wiedergutmachung wurde ihm verweigert. In den letzten Jahren seines Arbeitsleben leitete Jupp den Verlag Plambeck in der rheinischen Stadt Neuss.

Wir trauern um einen aufrechten kämpferischen Kollegen.

**ver.di-Seniorengruppe
Fachbereich Medien, Kunst und Industrie**



Foto: Arbeiterfotografie.com

Termine

26. August, 21. Oktober, 16. Dezember 2013, immer 11:00 Uhr
Mitgliederversammlungen – SeniorInnen FB 8
beim ver.di Landesbezirk, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

8. August bis 13. September 2013

OCCUPY - what's next?

MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Ausstellung Internationaler Plakatwettbewerb Leipzig-San Francisco
Veranstalter: Nextbydesign, San Francisco; Bund mitteldeutscher Grafikdesigner (BmG); Internationale Plattform, www.plakat-sozial.de
Öffnungszeiten: dienstags 17-19 Uhr, donnerstags 14-19 Uhr, montags und freitags 14-16 Uhr

29. August 2013, 18:00 Uhr

Occupy Stufe 2 „Der Kampf hat gerade erst begonnen“

MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Gespräch mit Berliner Occupy-Aktivist*innen über die nächsten Schritte

30. August 2013, 11:00 Uhr

Sichere Rente - für uns alle. Rententalk an der Spree

Humboldt-Carré, Behrenstraße 42, Berlin
Kurz vor der Bundestagswahl wollen wir mit den im Bundestag vertretenen Parteien über mögliche Reformationen und die Anforderungen von DGB und Gewerkschaften diskutieren

5. September 2013, 18:00 Uhr

„Das soziale Plakat im 21. Jahrhundert“

MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Künstl*innen-Gespräch zu Auftrag, Anliegen, Gestaltung und Wirkung sozial engagierter Plakate

8. September 2013, 13:00 bis 19:00 Uhr



Tempelhofer Feld, Eingang Columbiadamm/Lilienthalstraße
Antifaschistisches Fest mit Musikprogramm von Lateinamerika, mit legendären Bläsern der IG-Blech, Suzanna und Karsten Troyke, Berliner Hip Hop mit internationaler Unterstützung. Gespräch mit Philip Bialowitz, einem der jüdischen Aufständischen im Vernichtungslager Sobibór. Protest und Diskussion über die Abschiebung von Roma, Gedenken der Opfer von faschistischem Terror und Zwangsarbeit, und über die „Neugestaltung“ des Tempelhofer Felds. Fast 100 Infostände von Berliner Initiativen sowie Essen und Trinken runden das antifaschistische Fest ab

14. September 2013, 11:00 Uhr

Demonstration mit Umfairteilkette

11:00 Uhr Start am Hackeschen Markt mit Auftaktreden. Anschließend Demonstration mit UmFAIRteilen-Kette! Die Demonstrationsroute führt zum Regierungsviertel und geht in unsere UmFAIRteilen-Kette über. Dabei werden wir mit kreativen Aktionen den gesellschaftlichen Reichtum für bessere öffentliche Leistungen symbolisch umverteilen! Abschließend werden Berliner Initiativen die sozialen Brennpunkte der Stadt aufzeigen



kurz&knapp



5.627 Millionen Jugendliche in Europa sind ohne Arbeit, und die Zahl steigt weiter, steigt Monat für Monat. Unsere Jugend wartet noch darauf, dass endlich gehandelt wird, dass die Politik ihnen eine Perspektive eröffnet. Die Bundeskanzlerin hatte zum 3. Juli die europäischen Staats- und Regierungschefs zu Gipfelgesprächen über die Jugendarbeitslosigkeit eingeladen. Deutsche und französische Gewerkschaften haben deshalb zusammen mit dem EGB-Jugendausschuss den alternativen Jugendgipfel „Jugend macht Ansagen! Stop talking - act now!“ veranstaltet. Die internationale Gewerkschaftsjugend demonstrierte zum Konferenzauftakt vor dem Kanzleramt. dgb/gk

Tarifverhandlungen bei DS Smith Werk Berlin



ver.di fordert für DS Smith die Angleichung der Arbeitsbedingungen an den Flächentarifvertrag. Die ver.di-Vertreter Andreas Köhn und Jörg Reichel führten am 13. August 2013 ein erstes konstruktives Sondierungsgespräch mit Vertretern der Konzernzentrale, Frau Stefanie Meier und Herrn Frank Graf. Die Angleichung der Arbeitsbedingungen an den Flächentarifvertrag wurde vom Unternehmen als wirtschaftlich nicht leistbar zurückgewiesen. Als erster Termin für Tarifverhandlungen wurde der 16. Oktober 2013 in Berlin vereinbart. Die ver.di-Tarifkommission wird Fakten und Argumente des Arbeitgebers prüfen und die Inhalte der ersten Verhandlungsrunde beraten. ver.di/gk

Impressum

Redaktionsanschrift: „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

V.i.S.d.P.: Andreas Köhn

Herausgeber: SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Berlin-Brandenburg: Peter Schrott, Ingrid Kröning, Klaus-Jürgen Hintz, Dorothea Schirmacher, Peter Asmussen

Redaktion: Annemarie Görne, Angelika Kurowski, Anna Schendel, Peter Asmussen (Layout und Produktion)

E-Mail der Redaktion: diequerköpfe@gmx.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Download: medien-kunst-industrie.bb.verdi.de/seniorinnen/zeitung

Die Querköpfe Nr. 4/2013 erscheint am 30. Oktober 2013

Fortbildung

Schreiben will gelernt sein

21.8.2013 von 10:00-17:00 Uhr, im ver.di-Haus, Köpenicker Straße.

Was gehört zum journalistischen Handwerkzeug? Wie sollte ein Artikel aufgebaut sein? Warum ist es so wichtig, bereits in den ersten Sätzen das Wesentliche auszusagen?

SeniorInnen in Berlin-Brandenburg

10. bis 11. Oktober 2013 in der ver.di-Bildungsstätte Berlin-Wannsee.

1. Tag: Gefährdet die Staatverschuldung unsere Rente? Betrachtung aus deutscher und europäischer Sicht. Finanzkrise und die Stabilität des Euro. SeniorInnen in ver.di und im DGB. Aktuelle Schwerpunkte: Überarbeitete Richtlinie SeniorInnenpolitik

2. Tag: Das „ver.di-Mitgliedernetz“ und die Internetseiten im Landesbezirk werden vorgestellt. Es wird gezeigt, wie wir unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen wirksam journalistisch aufbereiten und öffentlich machen können.

Anmeldung und Auskünfte

montags, dienstags und mittwochs

bei Birgit Schönwitz

Abt. Bildung, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Telefon: 030-88 66 41 50, 10:00-15:00 Uhr

Fax: 0 30-88 66 49 50

E-Mail: bildung.berlin-brandenburg@verdi.de

Internet: www.bildung-bb.verdi.de



Alle Fortbildungsangebote sind für Mitglieder von ver.di, Berlin-Brandenburg - mit Verpflegung und ggf. Übernachtung - kostenlos.